

Das letzte Wort hat der Verwaltungsrat



Am 4. 5. 2022 positionierten sich viele Beschäftigte des Klinikums Stuttgart und deren Unterstützer:innen vor dem Sitzungssaal des Verwaltungsausschusses des Gemeinderats im Rathaus. Dort sollte nach einem Antrag der Fraktionsgemeinschaften Die FrAKTION und PULS über eine Zulage für die Pflegekräfte am Klinikum diskutiert werden. Die Beschäftigten zeigten somit, wie wichtig ihnen eine Zulage in Form einer Stufenvorweggewährung für das Pflegepersonal ist. Einen Tag zuvor hatten SPD und Bündnis90/Die Grünen einen Antrag eingereicht, in dem sie mitteilten, dass sie sich vorstellen können, in der Größenordnung von ca. einer Gehaltsstufe eine Zulage auch den Pflegerinnen und Pflegern des Klinikums Stuttgart zu gewähren.

Diesen Antrag unterstützten SPD, PULS, Bündnis90/Die Grünen, Die FrAKTION, Freie Wähler und FDP.

Die Entscheidung, ob eine Zulage an die Pflegekräfte ausbezahlt werden soll sowie abschließende Ausgestaltung übergaben die Fraktionen wieder dem Verwaltungsrat des Klinikums.

Das Team des Krankenhausinfos hatte die Gelegenheit, mit den Antragsteller:innen, vertreten durch Martin Körner (SPD), Ina Schuman (Die Partei / PULS), Johanna Tiarks (Die Linke / Die FrAKTION) und Gabriele Nuber-Schöllhammer (Bündnis90/Die Grünen) zu sprechen.

Krankenhausinfo (KHI): Erst einmal möchte ich mich bedanken, dass Sie sich zu diesem Gespräch bereit erklärt haben. Das Team des Krankenhausinfos begrüßt die Bereitschaft, eine Zulage an die Pflegekräfte zu zahlen. Das entspräche auch dem Willen des Gesetzgebers, da er die Finanzierung der Pflegepersonalkosten aus den DRGs heraus und damit auch den Kostendruck aus der Pflege genommen hat.

Die Beschäftigten hatte sich am 6. 4. und am 4. 5. jeweils vor dem Sitzungssaal des Verwaltungsausschusses positioniert, um zu zeigen, wie wichtig ihnen dieses Anliegen ist. Wie haben Sie diese Aktionen wahrgenommen?

Martin Körner (MK): Ich habe sie positiv wahrgenommen, weil, die um die es da geht, nämlich die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Klinikums auch im Rathaus deutlich machen, dass sie mehr Wertschätzung verdient haben. Ich habe auch das ein oder andere Gespräch noch vor der Sitzung führen können und fand das gut und richtig, dass die Kolleginnen und Kollegen da Flagge gezeigt haben.

Ina Schumann (IS): Ich finde es immer gut, dass, wenn wir für eine klar definierte Gruppe Dinge beschließen, die eine gewisse Wertschätzung darstellen, dass sie zeigen, dass das Thema wichtig ist.

Johanna Tiarks (JT): Ich fand es toll, dass die Beschäftigten vor dem Verwaltungsausschuss gestanden haben und den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses direkt gezeigt haben, was ihnen wichtig ist und dass sie diese Stufenvorweggewährung bekommen.

Gabriele Nuber-Schöllhammer (GS-H): Grundsätzlich hatte ich von dem Protest etwas mitbekommen. Ich bin aber nur noch stellvertretendes Mitglied des Verwaltungsausschusses und war deshalb an den Tagen nicht persönlich anwesend. Wir haben das Thema ausführlich im Gemeinderat noch mal besprochen. Aber ich versuche mit dem Personalrat des Klinikums im Gespräch zu bleiben. Und ich kann Ihnen sagen, dass meine Kolleginnen und Kollegen, die im Verwaltungsrat sind, den Protest positiv erlebt haben. Ich finde es auch richtig und wichtig, dass man sich einsetzt für seine Belange.

KHI: Wie war die Diskussion im Verwaltungsausschuss? Was waren die Argumente?

MK Die Diskussion war nicht einfach, weil verschiedene Dinge mit reinspielen. Also das Thema Tarifautonomie, also nach dem Motto: „Warum regeln das die Tarifparteien nicht unter sich?“ Die Frage wird denn dann die Stufenvorweggewährung auch von den Kostenträgern wirklich bezahlt? Und trotzdem gleichzeitig ein gemeinsamer Wille wirklich strukturell eine bessere Bezahlung für die Beschäftigten hinzubekommen.

IS: Was mich manchmal ein bisschen gestört hat, ist, dass immer wieder betont wurde, dass man durch Geld die schlechten Arbeitsbedingungen nicht wettmachen kann. Das Thema kam auch im Verwaltungsrat immer wieder auf. Da ist es natürlich schwierig zu sagen, wir trösten mit Geld über insgesamt schlechte Arbeitsbedingungen hinweg. Allerdings sehe ich schon eine direkte Verbindung. Weil, wenn die Bezahlung stimmt, sind auch wieder mehr Menschen bereit in diesen Beruf zu gehen und wenn dann wieder mehr Menschen, da sind, verändern sich zumindest auch schon mal ein Teil der Arbeitsbedingungen. Natürlich kam auch von Oberbürgermeister Fuhrmann, der auch dem Klinikverband vorsitzt, das Argument, dass somit verschiedene Insellösungen gestaltet werden. Ich kann das Argument nicht ganz von der Hand weisen, aber ich verstehe das so, dass das wiederum Zugzwang für alle bedeutet und unterm Strich eben nicht darum geht, dass man sich gegenseitig ausspielen will, sondern eben die Großen, das Risiko als erste aufnehmen und dann entsprechend klar machen, dass das funktioniert und wichtig und gut für alle ist.

JT: Oberbürgermeister Fuhrmann hat sich zuerst relativ ablehnend geäußert und dann auch Herr Hewer gemeint hat, dass das so nicht ginge, das Klinikum auch objektiv bereits hervorragend mit seinem Personal dastehen würde, und es eigentlich für das Pflegepersonal so gut wäre, dass man da gar nicht dran rummeckern könnte. Dann durfte ich, als Antragstellende mit der Ina Schumann zusammen, als erstes sprechen. Ich habe alle Argumente, die seit Herbst aufgetreten sind, noch mal aufgegriffen. Beginnend mit dem, dass sich ein öffentliches Krankenhaus wie das Klinikum Stuttgart sich eben seine Fälle nicht aussuchen kann und jeden Patienten einfach aufnehmen muss und für die

öffentliche Daseinsvorsorge da ist. Dass auf Grund dessen die Kliniken einfach auch keine schwarzen Zahlen machen können. Dann, dass sich die Krankenkassen weigern die Kosten zu übernehmen, und zwar nicht nur bei uns sondern deutschlandweit. Dann habe ich SPD, Grüne und FDP vorgehalten, dass sie ja selber in ihrem Koalitionsvertrag auf Bundesebene drinstehen haben, dass die PPR 2.0 umgesetzt werden muss und wir dafür wesentlich mehr Personal brauchen. Und natürlich das Argument, dass wir jede einzelne Pflegekraft halten müssen, um die 500.000 Pflegefachpersonen, die bis 2030 in Rente gehen werden, auszugleichen. Die SPD hatte dann noch im Vorhinein überprüft und mit einem Anwalt gesprochen, ob das Gutachten vom Robert-Bosch-Krankenhaus, dass die Kosten von den Krankenkassen übernommen werden sollten, richtig sei. Ein Gegenargument von der CDU war, dass die Pflege schon gar nicht so schlecht verdiene, und dass auch andere Berufe hart arbeiten würden. Dass andere Berufe hart arbeiten, stimmt natürlich. Andere Berufe haben aber auch nicht die hohe Verantwortung und das spiegelt sich nicht wider.

NS-H: Die Diskussion wurde offen geführt. Unser Antrag über eine Stufenvorweggewährung, hatte dann doch eine ganz schön breite Zustimmung im ganzen gemeinderätlichen Gremium gefunden. Vorher gab es den pauschalen Antrag über 500 €. Da hatten wir verhältnismäßig viele Bedenken, sodass wir auch gemeinsam im Verwaltungsrat und mit dem Personalrat überlegt haben, wie wir eine Finanzierung hinkriegen können. Wir hatten die Idee, etwas auf den Tisch zu legen, was das Klinikum und die Mitarbeitenden dort weiterbringt. Ich habe dann die Debatte um unseren gemeinsamen Antrag mit der SPD insgesamt als konstruktiv erlebt. Auch mit all den Schwierigkeiten, die so eine Stufenvorweggewährung natürlich auch hat, bzw. die man überlegen muss.

KHI: Gibt es schon Ideen wie lang die Zulage gewährt werden soll?

MK: Ich verstehe das wirklich als strukturell und nachhaltig wirksame Stufenvorweggewährung, die auf Dauer Wirkung hat. Wie die Tarifvertragsparteien damit umgehen, müssen sie selbst entscheiden, aber wenn ich jetzt die geltenden Eingruppierungen weiter fortschreibe und einen neuen Tarifvertrag mit einer Erhöhung der Entgelte vereinbare, kann man ja trotzdem weiterhin Stufenvorweggewährung machen.

IS: Im Augenblick wird viel davon gesprochen, dass das bis zu den nächsten Tarifverhandlungen gezahlt wird. Also leider nicht so lang. Wir würden es aber gerne länger auszahlen.

JT: Im Antrag von SPD und Grüne stand nichts dazu. Aber von unserer Seite aus wäre es hervorragend, wenn sie auf Dauer gewährt würde.

GN-S: Mindestens bis zu den nächsten Tarifverhandlungen. Danach muss man darüber hinaus noch mal schauen, wie man längerfristig mit der Finanzierung umgeht? Dazu habe ich noch keine abschließende Meinung. Das hängt natürlich auch davon ab, wie die Entwicklung im städtischen Haushalt ist.

KHI: Was möchten Sie den Beschäftigten noch sagen?

MK: Ich möchte mich als Stadtrat der Landeshauptstadt bedanken für die so wichtige Arbeit, von der wir wissen, dass sie auch ganz schön anstrengend ist und von der wir aber auch wissen, dass sie so wichtig ist für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt. Wir wollen weiterhin versuchen sie so wertzuschätzen wie sie zu wertschätzen ist, auch beim Gehalt, aber eben auch nicht nur. Uns ist wichtig, dass wir für die Zukunft auch die Arbeitsbelastung auf den Stationen wieder auf ein erträgliches Maß runter bekommen. Und last, but not least: Wenn wir mehr Personal gewinnen wollen, brauchen wir auch mehr bezahlbare Wohnungen.

IS: Ich möchte mich bei allen bedanken, weil ich finde, dass es ein harter und ein absolut wichtiger Job ist. Ich bin froh und dankbar, dass so viele Leute diesen Job machen. Ich kenne auch genug Leute, die keine Lust mehr haben und das nicht mehr machen. Umso froher bin ich, dass es noch genug gibt, die das gerne machen wollen. Ich finde das Thema kommt insgesamt viel zu kurz. Die Arbeitsbedingungen, unabhängig von der Bezahlung, da muss so viel gemacht werden und ich finde es schade, dass wir für das Thema auf kommunaler Ebene doch nur sehr eingeschränkt Möglichkeiten

haben und dass das ganze System Krankenhaus in Deutschland so nachrangig und leider auch rein wirtschaftlich betrachtet wird.

JT: Ich werde die Beschäftigten in all ihren Kämpfen weiterhin unterstützen und ich werde mich weiterhin für diese Zulage einsetzen. Auch werde ich die kommenden Tarifverhandlungen unterstützen und hoffe, dass mir die Beschäftigten sagen, was sie dafür brauchen.

GN-S: Ich bin sehr begeistert und möchte Danke dafür sagen, wie gut das Klinikum dasteht. Und zwar wirklich deutschlandweit. Das ist das Ergebnis der Menschen, die dort arbeiten. Das Klinikum hat immer gute Presse und ich bin stolz dort als Verwaltungsrätin tätig zu sein.

KHI: Vielen Dank für das Gespräch



Martin Körner
SPD
Fraktionsvorsitzender



Ina Schuman
Die Partei / PULS
Fraktionsvorsitzende
Lehrerin



Johanna Tiarks
Die Linke / Die FrAKTION
Stadträtin
Pflegepädagogin



Gabriele Nuber-Schöllhammer
Bündnis90/Die Grünen
Stadträtin
Sozialpädagogin